

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaschutz stärken: Strukturwandel in der Lausitz gestalten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung und gemeinsam mit Sachsen Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz zu führen. Hierbei sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen, klimaschutzbedingten Strukturwandel in der Lausitz zu definieren, sowie Vereinbarungen über folgende Maßnahmen zu treffen und umzusetzen:

Einsetzung eines Lausitz-Steuerungskreises

Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg) und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen

Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit den Akteuren in der Lausitz – ein zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden Prozess (Roadmap). Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den vielfältigen Akteurinnen und Akteuren in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

Einrichtung einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“

Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen. Sie erstellt eine jährliche Berichterstattung über den Umsetzungsstand. Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

- die Koordinierung bei der Aufstellung von eindeutigen und messbaren Zielen
- die Abstimmung von interkommunalen/regionalen Förderanträgen
- die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Gründung eines Strukturwandel- und Innovationsfonds (Lausitzfonds)

Für die Prozessgestaltung und die anstehenden Investitionen, benötigt die Lausitz Mittel in nicht unerheblichem Umfang. Diese Gelder sollen in einem regionalen Fonds bereitgestellt werden. Ein solcher Fonds soll folgende Aufgaben haben:

- strategische Koordination und Abstimmung von Zielen und Handlungsfeldern,
- Akquisition externer finanzieller Ressourcen,

Eingegangen: 18.09.2017 / Ausgegeben: 18.09.2017

- Finanzierungsinstrument für Investitionen in der Region.

Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten des Landes und des Bundes wirken.

Begründung:

In Folge internationaler Klimapolitik zeichnet sich seit geraumer Zeit auch für Brandenburg der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle-Verstromung ab. Zuletzt mit dem Pariser Klimaschutzabkommen – zu dessen Umsetzung sich auch das Land Brandenburg im Bundesrat verpflichtet hat – ist die Dringlichkeit dieser Maßnahme deutlicher denn je geworden.

Das Klimaabkommen von Paris bedeutet, dass die Menschheit nur noch 890 Gigatonnen CO₂ in der Atmosphäre anreichern darf, damit die Erderhitzung unter 2 Grad bleibt. Das bedeutet, dass Deutschland insgesamt zukünftig nur noch 10 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre freisetzen darf. Der Stromsektor in Deutschland, der 40 % zum Ausstoß der Treibhausgase beiträgt, hat hiernach nur noch ein Budget von 4 Gigatonnen – nicht etwa pro Jahr, sondern historisch für alle Zeit. Ließe man alle derzeit aktiven Kohlekraftwerke weiter laufen, dann wäre das ganze Budget schon im Jahr 2026 aufgebraucht – also in 9 Jahren.

Die Vorschläge des Wirtschaftsministers zur Energiestrategie folgen einem eingespielten Muster: Er hat bislang immer einseitig Partei für die Braunkohlewirtschaft ergriffen. Vor allem sind sie aber das Eingeständnis der Landesregierung, bisher keine Antworten auf die kohleausstiegsbedingten Folgen für die Braunkohlewirtschaft und deren Beschäftigte in der Lausitz entwickelt zu haben. Ganz im Gegenteil wurden jahrelang Aktivitäten zur Steuerung und Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz abgelehnt.

Dass und wie Brandenburgs Energieversorgung klimaschonend weiterentwickelt werden kann, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut prognos – im Auftrag der Landesregierung – vor kurzem dargestellt. Die Landesregierung kann den auch hierin beschriebenen Kohleausstiegs-Pfad vielleicht verzögern, verhindern kann sie ihn jedoch nicht.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass die Landesregierung den Strukturwandel-Prozess aktiv mitgestaltet, um die negativen Folgen für die Region so gering wie möglich halten und Chancen systematisch erschließen und nutzen zu können. Dazu braucht es ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen, in dem auch Akteure in und aus der Region, politisch und organisatorisch dazu ermächtigt werden, die notwendigen Maßnahmen und Prozesse zu initiieren und zu begleiten. Nur so besteht die Möglichkeit, entsprechende Unterstützung des Bundes und der EU erhalten zu können.